

1932

78.747 Einfache Anfrage Duboule vom 18. September 1978

Internationale Konferenzen. Haltung der Schweiz

durchlich hat in Genf unter der Schirmherrschaft der Schweiz eine internationale Konferenz gegen den Terrorismus stattgefunden. Die Schweiz als Gastland liess sich bei der Eröffnung durch den Vertreter des Eidgenössischen Politischen Departements vertreten, der eine hochinteressante Rede hielt.

22. November 1978

78.747. Einfache Anfrage Duboule vom 18. September 1978.  
Internationale Konferenzen. Haltung der Schweiz

Politisches Departement. Antrag vom 15. November 1978

Gestützt auf den Antrag des Politischen Departements und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die neue Fassung der Antwort auf die Einfache Anfrage Duboule wird genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- EPD 12 zur Kenntnis
- JPD 3 zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

*SAMMUT*

Antwort des Bundesrats

Die Schweiz nimmt im allgemeinen, wie im Übrigen die grosse Mehrheit der anderen Staaten, die Einladungen zu den grossen diplomatischen Welt- und Regional Konferenzen an, die den wichtigen Problemen der internationalen Gemeinschaft gewidmet sind. Der Teilnahmeentscheid wird jeweils von Fall zu Fall gefasst.

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass unser Land durch eine Teilnahme an solchen Konferenzen nicht nur seine eigenen Interessen und Interessenvertretungen verteidigen, sondern auch einen wertvollen Beitrag zu den laufenden Diskussionen leisten kann. Es ist sicher zu übersehen, dass an internationalen Konferenzen ausserordentliche Empfehlungen, selbst wenn sie nicht einen rechtverbindlichen Charakter haben, in erheblichem Masse das Verhalten aller Staaten beeinflussen.

Die Teilnahme an der Konferenz zur Bekämpfung des Terrorismus und der Gewaltverbrechen war als Höhepunkt des Jahresabends der Vereinten Nationen zu dieser Frage gedacht. Sie hatte den Auftrag, alle mit dem Terrorismus verbundenen Probleme zu untersuchen. Der Bundesrat war sich durchaus bewusst, dass im Verlauf der letzten Schweizerischen Aufsichtsrats-

22.11.1978



NATIONALRAT78.747 Einfache Anfrage Duboule vom 18. September 1978Internationale Konferenzen. Haltung der Schweiz

Kürzlich hat in Genf unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine internationale Konferenz gegen den Rassismus stattgefunden. Die Schweiz als Gastland liess sich bei der Eröffnung durch den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements vertreten, der eine hochstehende Rede hielt.

Um der zunehmenden Mitarbeit unseres Landes an internationalen Konferenzen und Verhandlungen Ausdruck zu geben, hat der Bundesrat seinen Beobachter bei den Vereinten Nationen in Genf als Teilnehmer an die Konferenz entsandt.

Die Teilnahme der Schweiz erwies sich als heikel, war doch schon zum voraus bekannt, dass die Vereinigten Staaten und Israel der Konferenz fernbleiben würden. Unabhängig vom sehr lobenswerten Ziel des Kampfes gegen die Rassendiskriminierung war die Konferenzarbeit in Wirklichkeit darauf ausgerichtet, Israel rassistische Absichten vorzuwerfen. Die Konferenz nahm ein schlechtes Ende, denn die neun Länder der europäischen Gemeinschaften haben sich vor der letzten Plenarsitzung zurückgezogen. Diesem Schritt schlossen sich Island, Kanada, Australien und Neuseeland an. Die Schweiz hat zusammen mit Oesterreich, Finnland und Schweden gegen die Schlusserklärung gestimmt.

Denkt der Bundesrat, dass sich die schweizerische Delegation in Zukunft an der Schlussabstimmung einer internationalen Konferenz, aus der politisches Kapital geschlagen werden könnte, beteiligen soll? Oder erachtet er es im Gegenteil als angebracht, dass sie sich, nachdem sie ihre Haltung klar dargestellt hat, vor der Abstimmung zurückzieht?

Antwort des Bundesrates

Die Schweiz nimmt im allgemeinen, wie im übrigen die grosse Mehrheit der anderen Staaten, die Einladungen zu den grossen diplomatischen Welt- und Regionalkonferenzen an, die den wichtigen Problemen der internationalen Gemeinschaft gewidmet sind. Der Teilnahmebeschluss wird indessen von Fall zu Fall gefasst.

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass unser Land durch eine Teilnahme an solchen Konferenzen nicht nur seine eigenen Interessen und Wertvorstellungen verteidigen, sondern auch einen nützlichen Beitrag an die laufenden Diskussionen leisten kann. Es ist nicht zu übersehen, dass an internationalen Konferenzen ausgearbeitete Empfehlungen, selbst wenn sie nicht einen rechtsverbindlichen Charakter haben, in zunehmendem Masse das Verhalten aller Staaten beeinflussen.

Die Weltkonferenz zur Bekämpfung des Rassismus und der Rassendiskriminierung war als Höhepunkt des Jahrzehnts der Vereinten Nationen zu dieser Frage gedacht. Sie hatte den Auftrag, alle mit dem Rassismus verbundenen Probleme zu untersuchen. Der Bundesrat war sich durchaus bewusst, dass im Verlauf der Debatten Schwierigkeiten auftauchen würden.

22.11.1978



- 2 -

Der Vorsteher des Politischen Departements hat denn auch in einem Interview unterstrichen, dass die Konferenz ihr Ziel nicht erreichen würde, wenn sie mit der alleinigen Verurteilung des Zionismus und der Apartheid zu Ende ginge.

Dennoch war der Bundesrat, angesichts der Bedeutung des behandelten Themas und der sehr grossen Beteiligung der internationalen Gemeinschaft, im Sinne seiner konstanten Politik der Meinung, dass sich die Schweiz an dieser Konferenz vertreten lassen und ihrer Stimme Gehör verschaffen sollte. Die schweizerische Delegation hat nicht nur die Apartheid, sondern auch jede andere Form von Diskriminierung verurteilt.

Die Konferenz hat eine Erklärung und ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, die verschiedene für die Schweiz und für andere westliche Staaten unannehmbare Bestimmungen enthielten. Daraufhin beschlossen die neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft, gefolgt von Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen und Island, die Konferenz zu verlassen. Die Schweiz hingegen und die andern neutralen Staaten Europas (Oesterreich, Schweden und Finnland) blieben bis zum Schluss der Debatten und verlangten im Plenum aufgrund einer gemeinsamen Absprache, dass über die Schlussdokumente abgestimmt werde, während die Mehrheit der anwesenden Delegationen gewünscht hatte, diese Texte mit Konsensus zu verabschieden. Die Abstimmung ergab folgende Resultate: 88 Stimmen dafür, 4 dagegen (die Neutralen) und 2 Enthaltungen (San Marino und Malawi).

Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Teilnahme an einer Konferenz bis zum Schluss der Schweiz auch dann, wenn die Ergebnisse nicht ihren Grundsätzen entsprechen, die Möglichkeit bietet, die Arbeiten zu beeinflussen und auf jeden Fall ihre Haltung klar zum Ausdruck zu bringen. Wenn nicht aussergewöhnliche Umstände ihn zu einem andern Verhalten zwingen, ist der Bundesrat gewillt, diese Politik auch in Zukunft weiterzuführen.



CONSEIL NATIONAL

78.747 Question ordinaire Duboule, du 18 septembre 1978

Conférences internationales. Attitude de la Suisse

Une conférence internationale consacrée au racisme s'est réunie récemment à Genève sous les auspices des Nations Unies.

En tant que pays hôte, la Suisse s'est fait représenter à l'ouverture de ladite conférence par le chef du Département politique fédéral qui a prononcé une allocution d'une haute tenue.

Pour marquer sa présence toujours plus active au sein des réunions internationales, le Conseil fédéral a délégué son observateur auprès des Nations Unies à Genève pour participer aux travaux de cette conférence. Cette participation s'avérait délicate, car on savait à l'avance que les Etats-Unis et Israël avaient refusé de s'associer à de tels travaux qui, indépendamment du but fort louable de lutter contre la discrimination raciale, tendaient en réalité à faire un procès d'intention raciste à l'Etat d'Israël. La conférence s'est mal terminée, puisque les neuf pays de la Communauté européenne, imités par l'Islande, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande et la Norvège se sont retirés avant l'ultime séance plénière.

La Suisse, quant à elle, a voté contre la résolution finale, de même que l'Autriche, la Finlande et la Suède.

Le Conseil fédéral estime-t-il qu'à l'avenir, lorsqu'une conférence internationale présente de tels risques d'exploitation politique, il doit participer à la votation finale ou au contraire se retirer avant le vote, après avoir clairement énoncé son point de vue ?

Réponse du Conseil fédéral

La Suisse, comme d'ailleurs la très grande majorité des autres Etats, accepte en règle générale les invitations aux grandes conférences diplomatiques mondiales et régionales consacrées aux problèmes majeurs qui préoccupent la communauté internationale. La décision de participer est néanmoins prise dans chaque cas particulier.

Le Conseil fédéral estime en effet qu'en participant à ces conférences, la Suisse est non seulement en mesure de défendre les valeurs et les intérêts qui sont les siens, mais encore d'apporter une contribution utile aux discussions en cours. Il est en effet indéniable que, même lorsqu'elles ne sont pas contraignantes, certaines des recommandations élaborées dans les enceintes internationales ont tendance à influencer progressivement le comportement des Etats.

La Conférence mondiale de la lutte contre le racisme et la discrimination raciale a été conçue comme étant le point culminant de la Décennie des Nations Unies consacrée à cette question. Elle avait pour mandat d'examiner l'ensemble des problèmes liés au racisme. Le Conseil fédéral était conscient que des difficultés n'allaient pas manquer de surgir au cours des débats. Dans une interview, le chef du Département politique a souligné que si la conférence s'achevait par la seule condamnation du sionisme et de l'apartheid, elle n'aurait pas répondu à son objectif. Toutefois, compte tenu de sa politique constante énoncée plus haut, de l'importance du thème traité et de la très large participation de la communauté internationale, le Conseil fédéral a estimé

22.11.1978



- 2 -

que la Suisse se devait d'être représentée à cette conférence et d'y faire entendre sa voix. La délégation suisse a condamné non seulement l'apartheid mais aussi toute forme de discrimination quelle qu'elle soit.

La conférence a mis au point une Déclaration et un Programme d'action dont certaines dispositions sont inacceptables pour la Suisse ainsi que pour un certain nombre d'Etats occidentaux. A la suite de ces développements, les neuf pays de la Communauté européenne, suivis par le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, la Norvège et l'Islande, décidèrent de quitter la conférence. En revanche, la Suisse de même que les autres Etats neutres européens (l'Autriche, la Suède et la Finlande) restèrent jusqu'à la fin des débats et demandèrent, d'un commun accord, le vote en séance plénière sur les documents finals, alors que la majorité des délégations présentes souhaitaient adopter ces textes par consensus. Le vote donna les résultats suivants: 88 voix pour, 4 contre (les Neutres) et 2 abstentions (Saint-Marin et le Malawi).

Le Conseil fédéral est d'avis que participer à une conférence jusqu'à son terme, quant bien même les résultats des travaux ne correspondent pas à ses principes, offre à la Suisse la possibilité d'influencer les travaux et, en tout état de cause, de faire connaître clairement sa position. A moins de circonstances exceptionnelles, le Conseil fédéral entend poursuivre cette politique.